

Auferstanden aus Ruinen

Wenn ehemalige SED-Funktionäre und langjährige Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR ungeniert den Deutschen Bundestag und Landesparlamente bevölkern, dann in den Reihen der Linkspartei. Die ist bis heute ein fruchtbares Biotop für eifrige Spitzel und alte Kader.

Von Dr. Hubertus Knabe

Am 5. Dezember soll in Thüringen mit Bodo Ramelow erstmals ein Politiker der Linken zum Ministerpräsidenten gewählt werden. Repräsentanten der SPD und der Grünen sind darum bemüht, die Wahl Bodo Ramelows als Akt politischer Normalität erscheinen zu lassen. 25 Jahre nach dem Mauerfall sei es an der Zeit, die Vergangenheit der Linken nicht länger zum Ausschlussgrund für politische Bündnisse zu machen. Doch ein Blick auf den Umgang der Partei mit ihrer Geschichte zeigt, dass die Vergangenheit noch nicht vergangen ist.

Besonders deutlich sieht man das in der Personalpolitik der Linkspartei. Ein Vierteljahrhundert nach der friedlichen Revolution spielen ehemalige SED-Funktionäre und Stasi-Mitarbeiter eine Schlüsselrolle. Einstige Bundesgenossen der DDR im Westen bekleiden ebenfalls wichtige Posten. So ist die Linke bis heute ein fruchtbares Biotop für die Kader der gestürzten SED-Diktatur.

Zum Beispiel für ehemalige Stasi-Mitarbeiter: Mindestens drei Bundestagsabgeordnete der Linkspartei wurden von der DDR-Geheimpolizei den Akten zufolge als Inoffizielle Mitarbeiter (IM) geführt: Roland Claus, Mitglied im Haushaltsausschuss und im Finanzausschuss, Diether Dehm, Mitglied im Europaausschuss, und Thomas Nord, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie. Nord hat die Tätigkeit als IM früh eingestanden. Bei Claus und Dehm liegen zahlreiche Indizien für eine IM-Tätigkeit vor. Beide bestreiten jedoch, als IM für die Stasi tätig gewesen zu sein. Hinzurechnen müsste man eigentlich noch Stephan Liebig, der als Jugendlicher mit der Stasi kooperierte (weshalb über ihn keine Akten herausgegeben werden). Gregor Gysi hat Kontakte zu dem Ministerium für Staatssicherheit eingestanden, bestreitet aber, wissentlich oder willentlich Informationen über Mandanten oder andere Personen an die Stasi weitergegeben zu haben.

In den ostdeutschen Landesparlamenten sieht die Lage ähnlich aus: In Brandenburg arbeiteten Kerstin Kaiser, die europapolitische Sprecherin, und der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Hans-Jürgen Scharfenberg, als Stasi-Informanten. Der Sprecher für Stadtentwicklungs-, Bau- und Wohnungspolitik, Axel Henschke, war sogar hauptamtlicher Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS); er bewachte in Frankfurt (Oder) Stasi-Gefangene. In Mecklenburg-Vorpommern arbeiteten der kultur- und sozialpolitische Sprecher, Torsten Koplin, und der Sprecher für Europapolitik und Verbraucherschutz, André Brie, als MfS-Informanten. In Sachsen war der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Klaus Bartl Zuträger der DDR-Geheimpolizei, in Sachsen-Anhalt die innenpolitische Sprecherin Gudrun Tiedge.

Besonders im Rampenlicht steht derzeit das Thüringer Landesparlament. Der dortige kommunalpolitische Sprecher der Linkspartei, Frank Kuschel, arbeitete für den Staatssicherheitsdienst. Ina Leukefeld, die arbeitsmarktpolitische Sprecherin, war Informantin der politischen Polizei (K1). Auch der Parlamentarische Geschäftsführer, André Blechschmidt, war bei der Stasi-Spionageverwaltung als „Inoffizieller Mitarbeiter mit Arbeitsakte“ (IMA) registriert. Die Akte ist verschwunden. Der bisherige Vorsitzende des Umweltausschusses, Tilo Kummer, diente bis 1990 im Stasi-Wachregiment. Kommt die rot-rot-grüne Koalition wie geplant zustande, können alle vier in Kürze über die Regierungspolitik des Landes mitentscheiden.

Zu vielen der Genannten sind umfangreiche Akten überliefert. Sie sagen viel über ihren Charakter und ihr Verhältnis zur SED-Diktatur aus. Der Bundestagsabgeordnete Thomas Nord zum Beispiel verpflichtete sich freiwillig vier Jahre zur DDR-Armee, wo er der Parteileitung eines Kriegsschiffes angehörte. Er schwärzte dort einen Matrosen an, der von der Flucht träumte, und verbreitete über ihn, dass er dabei auch zur Waffe greifen würde. Als Leiter eines Ost-Berliner Jugendklubs denunzierte er später kritische Jugendliche und Kollegen. Zu Recht bescheinigte ihm die Stasi:

„Thomas Nord besitzt ein gefestigtes Feindbild und verhält sich gegenüber feindlichen Einflüssen konsequent abweisend.“

Der Bundestagsabgeordnete Diether Dehm spionierte als Bundesbürger für die Stasi. Zwischen 1971 und 1978 lieferte er zahlreiche Berichte über die SPD, die Jungsozialisten, die Universität Frankfurt am Main sowie über linke Künstler und Gruppen. Massenweise übermittelte er auch sogenannte Personenhinweise, die die Stasi für die Anwerbung von Agenten brauchte. Den Höhepunkt seiner Spitzelkarriere erreichte er, als er Manager des ausgebürgerten Liedermachers Wolf Biermann wurde und detailliert über dessen finanzielle, politische und private Situation berichtete. Wegen seiner „hohen Einsatzbereitschaft“ wollte ihn die Stasi deshalb im November 1977 mit einer Geldprämie von 500 D-Mark auszeichnen.

Für Thüringen ist der Fall des Linken-Politikers Frank Kuschel von besonderem Interesse, eines ehemaligen Berufsoffiziers der DDR-Armee. Schon vor seiner Anwerbung hob die Stasi hervor, dass er bereit sei, „Personen vorbehaltlos zu belasten“. In einer handschriftlichen Verpflichtungserklärung schrieb Kuschel 1988, ihm sei bewusst, „dass der Gegner durch die Organisierung und Inspirierung von übersiedlungersuchenden DDR-Bürgern einen politischen Untergrund und eine innere Opposition schaffen will.“

Als stellvertretender Bürgermeister für Inneres von Ilmenau kämpfte Kuschel vor allem gegen Ausreisewillige. Beteiligte erinnern sich, dass er sie in geradezu sadistischer Weise quälte. Den Akten zufolge berichtete er der Stasi unter anderem über eine Familie und ein Lehrerehepaar, die die DDR verlassen wollten. Er denunzierte aber auch thüringische Karnevalisten, bei deren Büttensrede er etliche „negative Passagen“ bemängelte. Noch im Oktober 1989 schwärzte er Sympathisanten der Bürgerbewegung Neues Forum an. Für seinen Einsatz erhielt er – ungewöhnlich für einen DDR-Informanten – vom Staatssicherheitsdienst eine Prämie von 200 Mark.

In Kuschels Selbstdarstellung auf der Website der Linksfraktion bleibt all dies unerwähnt – wie überhaupt die Abgeordneten der Linken ihre Biografien oft schönfärben und damit die Behauptung ihrer Parteivorderen Lügen strafen, die Partei setze sich aktiv mit ihrer Vergangenheit auseinander. Dass der Thüringische Landtag Kuschel wegen seiner Stasi Vergangenheit für „parlamentsunwürdig“ erklärte, sucht man ebenfalls vergebens. Stattdessen vermittelt der Abgeordnete den Eindruck, dass er schon zu DDR-Zeiten von den Stadtverordneten frei gewählt worden sei. Noch konsequenter schweigt über ihr Vorleben seine Fraktionskollegin Ina Leukefeld. Sie ließ sich ebenfalls als Spitzel gegen Ausreisearbeitgeber einsetzen und wurde deshalb gleichermaßen als „parlamentsunwürdig“ eingestuft. Sie gibt auf der Website lediglich ihr Geburtsdatum preis.

Die genannten Fälle – auf kommunaler Ebene gibt es noch weit mehr – zeigen, dass ehemalige Stasi-Mitarbeiter in Spitzenämtern bei der SED-Nachfolgepartei keine Ausnahme sind. Die Linken sehen offenbar kein Problem darin, einstige Geheimdienstmitarbeiter mit politischer Verantwortung zu betrauen. Auch Linken-Politiker, die sich öffentlich von der Stasi-Unterdrückung distanzieren, haben sich an den ehemaligen Spitzeln in der Partei bisher nicht gestört. Der thüringische Fraktionschef Bodo Ramelow hat ihnen nicht nur ins Parlament verholfen, sondern will mit ihnen jetzt auch eine Regierung bilden.

Auf ihrer Homepage versucht die Linke, einen ganz anderen Eindruck zu erwecken. Auf die Frage „Wie hält es Die Linke mit ehemaligen MfS-Mitarbeitern und IMs?“ ist dort zu lesen, schon die PDS habe verbindliche Beschlüsse gefasst, wonach Kandidaten für politische Ämter ihre politischen Biographien offenlegen sollten. Dazu zähle ausdrücklich auch eine IM-Tätigkeit für das MfS. „Wo eine solche Tätigkeit zunächst verschwiegen, dann aber bekannt wurde, folgte in der Regel der Rücktritt von Amt und Mandat.“

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Fast keiner der in vergangenen Jahren enttarnten Stasi-Mitarbeiter ist von seinem Amt zurückgetreten. Stattdessen haben sie die Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst geleugnet oder einfach weitergemacht. Hat wirklich jemand seinen Posten aufgegeben, tauchte er in der Regel bald auf einem anderen auf.

Dass die Linke überhaupt Beschlüsse zum Umgang mit ehemaligen Stasi-Mitarbeitern gefasst hat, hatte mit dem massiven Ansehensverlust zu tun, den die zahlreichen Enttarnungen zu Beginn der neunziger Jahre zur Folge hatte. Als der Berliner Parteichef Wolfram Adolphi wegen seiner Spitzeltätigkeit 1991 zurücktreten musste, verabschiedete der Landesparteitag einen Beschluss mit der programmatischen Überschrift: „Zur konsequenten, offenen und öffentlichen Auseinandersetzung mit der Problematik ‚Staatssicherheit‘“.

Die Konsequenz hielt sich allerdings in Grenzen. Der Beschluss nahm als erstes die ehemaligen Stasi-Mitarbeiter in Schutz und postulierte: „Wir fördern und initiieren demokratischen Widerstand gegen alle Formen der pauschalen sozialen Ausgrenzung von offiziellen oder inoffiziellen MitarbeiterInnen des ehemaligen MfS durch generalisierende Ausschlüsse von beruflichen Laufbahnen“. Die Zusammenarbeit mit der DDR-Geheimpolizei war danach weder ein Grund für einen Parteiausschluss noch ein Hindernis, politische Funktionen zu übernehmen. Auch eine Pflicht zur Offenlegung einer Stasi-Tätigkeit sollte es nicht geben. „Nur für Genossen, die sich anschicken, für die Partei in exponierter Stellung öffentlich zu wirken, ist die persönliche Biografie in dieser Frage keine reine Privatsache mehr.“

Wer ein Mandat in Parlament oder Partei anstrebte, sollte dem Beschluss zufolge vorher seine Stasi-Tätigkeit offenlegen, und zwar vor dem Gremium, das ihn zu wählen hatte. Abgeordnete, die das nicht taten, sollten im Falle ihrer Enttarnung das Mandat niederlegen und andernfalls aus der Fraktion ausgeschlossen werden. Unehrlische Funktionäre sollten von ihrem Amt entbunden werden, wobei die letzte Entscheidung darüber den Delegierten überlassen bleiben sollte. So wollte sich die Partei vor weiteren Enthüllungen schützen.

Die Bundespartei machte sich diesen Beschluss zu eigen. Er wurde allerdings nicht verwirklicht, weil er unter den Mitgliedern einen Sturm der Entrüstung herbeiführte. Parteichef Gregor Gysi erklärte ihn deshalb ein Jahr später auf einem Landesparteitag in Berlin für falsch. Schon bei der ersten Bewährungsprobe rückte man wieder von ihm ab. Als der neu gekürte Berliner Landesvorsitzende André Brie zugeben musste, fast zwanzig Jahre lang als IM gearbeitet zu haben, forderte ihn der Parteivorstand auf, doch im Amt zu bleiben.

Gysi war persönlich in diesen Vorgang verstrickt, weil Brie ihm seine Stasi-Tätigkeit offenbart hatte, er sein Wissen aber für sich behalten hatte. Nachdem diese und weitere Details bekanntgeworden waren, trat Brie doch noch zurück. Er blieb allerdings Vorsitzender der Grundsatzkommission und wurde kurz darauf zum Wahlkampfleiter der Bundespartei bestimmt – obgleich er der Stasi über Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen, Künstler, ausländische Wissenschaftler und SPD-Politiker berichtet und dafür sogar die Verdienstmedaille der NVA bekommen hatte. Ein Jahr später kehrte Brie in den Bundesvorstand zurück, von 1999 bis 2009 gehörte er dem Europaparlament an. Seit 2011 ist er Mitglied des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern.

1993 verwarf die Partei, die damals noch unter dem Kürzel PDS firmierte, auch offiziell ihren Stasi-Beschluss. Der Bundesparteitag stellte fest, dass er „nur von Teilen der Partei akzeptiert und umgesetzt“ worden sei. Eine entscheidende Schwäche habe darin bestanden, „dass die – ausschließlich politisch motivierte – gezielte, demagogische ‚Stasi‘-Hetze nicht eingeschätzt und verurteilt wurde“. Und weiter: „Die PDS hat aus Furcht, als ‚Stasi-Partei‘ diffamiert zu werden, die staatsbürgerlichen Rechte und berechtigten sozialen Interessen ehemaliger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MfS – wie auch anderer bewaffneter Organe und Bereiche des öffentlichen Dienstes der DDR – nicht nachdrücklich genug artikuliert und verteidigt.“

Die Partei lockerte damals auch die Sanktionen für den Fall, dass ein Funktionär seine Stasi-Tätigkeit verschwieg. Seitdem muss er nicht mehr zurücktreten, sondern vor dem zuständigen Gremium nur noch die Vertrauensfrage stellen. Verfehlt der Genosse die Mehrheit, bedeutet dies noch immer nicht das Aus für ihn. Die Abstimmung muss vielmehr bei der nächsten Sitzung noch einmal wiederholt werden. Erst wenn ihm zweimal das Misstrauen ausgesprochen wird, gilt er als abgewählt – wozu es noch nie gekommen ist.

Keine Konsequenzen ergriff die Partei zum Beispiel im Fall des früheren sächsischen Landtagsabgeordneten Volker Külow. Bei seiner Kandidatur im Jahr 2004 hatte er zwar eingeräumt, „Kontakte“ zum Staatssicherheitsdienst gehabt zu haben. Doch sei er nur „Reisekader“ der Spionageverwaltung HVA und „perspektivisch“ für die Anwerbung von Spionen vorgesehen gewesen. Erst 2007 kam seine Spitzeltätigkeit ans Tageslicht, nachdem die vom MfS zerrissene IM-Akte wieder zusammengesetzt worden war. In handschriftlichen Berichten hatte er Angehörige der Universität Leipzig denunziert und noch am 9. Januar 1990 sein letztes „Operativgeld“ erhalten. Külow gestand ein, „die vom menschlichen Anstand gebotenen Grenzen in einigen Fällen ganz klar überschritten“ zu haben, trat aber nicht zurück. Im Gegenteil: Er rechtfertigte seine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst als „legitim“ und erklärte: „Ich war ein engagierter DDR-Bürger und kann auch heute noch alles tragen und verteidigen, was die HVA gemacht hat.“ Die damalige Landesvorsitzende Cornelia Ernst stellte sich schützend vor ihn und meinte gar, in Külows „ehrlichem Umgang“ mit seiner Vergangenheit sei eine neue Qualität der öffentlichen Diskussion erreicht. Obwohl Külow vom Sächsischen Landtag mit großer Mehrheit aufgefordert wurde, sein Mandat niederzulegen, blieb er Mitglied des Parlaments.

Schon im Jahr 2006 hatte der ehemalige DDR-Ministerpräsident und Ehrenvorsitzende der Linkspartei, Hans Modrow, versucht, die Verpflichtung zur Offenlegung früherer Stasi-Kontakte ganz abzuschaffen. Nach zweistündiger Diskussion hinter verschlossenen Türen entschied der Bundesvorstand jedoch mehrheitlich, an dem Beschluss festzuhalten – ein „Kniefall vor den Medien“, wie die Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht anschließend erklärte. In der Entschließung hieß es aber, dass niemand wegen seiner politischen Biographie „diskriminiert“ werden dürfe. Die Partei lehnte es zudem ab, die Möglichkeit von Stasi-Überprüfungen zu verlängern. „Der Parteivorstand distanziert sich von der missbräuchlichen Verwendung und politischen Instrumentalisierung von Stasi-Unterlagen zur Diskreditierung von Personen, insbesondere auch von Politiker/innen der Linkspartei.PDS.“

Schon vorher hatte sich die Partei gegen alle Versuche gewandt, Regierung, Parlamente und öffentliche Verwaltungen von früheren Stasi-Mitarbeitern zu befreien. Die SED-Nachfolgepartei lehnte 1991 nicht nur das Stasi-Unterlagen-Gesetz und alle seine späteren Novellierungen ab. Sie weigerte sich auch konsequent, die eigenen Abgeordneten auf eine Stasi-Tätigkeit zu überprüfen. Stattdessen brachte sie immer wieder Anträge ein, die noch von der DDR-Volkskammer beschlossene Rentenbegrenzung für ehemalige Stasi-Mitarbeiter abzuschaffen. Prominente Fraktionsmitglieder wie Gregor Gysi, Haushaltsausschussvorsitzende Gesine Lötzsch oder die Petitionsausschussvorsitzende Kerstin Steinke scheuten sich nicht, bei Vereinigungen ehemaliger Stasi-Mitarbeiter aufzutreten.

Oft gewährt die Partei diesen Organisationen sogar praktische Unterstützung. So stellte sich 2008 heraus, dass sich in der Cottbusser Linken-Geschäftsstelle regelmäßig die „Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR (ISOR)“ trifft. Auf die Frage, warum die Linke den Verein bei sich aufgenommen habe, antwortete Thomas Nord, damals Parteivorsitzender in Brandenburg: „Weil sie woanders ausgegrenzt werden. Die Linke vertritt die sozialen Interessen der früheren MfS-Mitarbeiter.“ Der sächsische Landtagsabgeordnete und Ex-IM Klaus Bartl ist selbst Mitglied einer solchen Organisation.

Als die Linke 2009 plante, in Brandenburg mit der SPD eine Koalition einzugehen, rückten die Stasi-Verstrickungen ihrer Politiker noch einmal in den Fokus der Öffentlichkeit. Nach den Wahlen stellte sich nämlich heraus, dass sechs der 25 Abgeordneten, also knapp ein Viertel der Landtagsfraktion, ehemalige MfS-Mitarbeiter waren. Um der öffentlichen Kritik die Spitze zu nehmen, erinnerte sich die Linke plötzlich an die Festlegungen von 1993 und erklärte, wer seine Stasi-Tätigkeit nicht vor den Wahlen mitgeteilt habe, sollte sein Mandat zurückgeben. Erstmals in der Geschichte der Partei wurde ein Abgeordneter – Gerd-Rüdiger Hoffmann – zum Mandatsverzicht aufgefordert; er blieb trotzdem im Landtag und verließ lediglich die Linksfraktion.

Auch bei der vorerst letzten Enttarnung eines Spitzenfunktionärs reagierte die Linke in der alten Weise. Als im Oktober 2013 bekannt wurde, dass die Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion, Ruth Kampa, fast 20 Jahre für die Stasi gespitzelt hatte, erhielt sie umgehend Rückendeckung von Partei und Fraktion. Obwohl sie vor ihrer Wahl in die Bundesschiedskommission ihre Vergangenheit verschwiegen hatte, machte sie der Fraktionsvorstand auf Vorschlag Gysis kurz darauf zur Justiziarin der Fraktion. Als Sarah Wagenknecht daraufhin eine Überprüfung bestimmter Linken-Mitarbeiter ins Gespräch brachte, sagte Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn: „Auch wenn es anders lautende Medienberichte gibt: Die Linke wird im Jahre 2013 keine Regelüberprüfung ihrer Mitarbeiterinnen einführen. Was wir seit Jahren im Bereich des Öffentlichen Dienstes kritisieren, gilt selbstverständlich auch für uns.“

Die Aufforderung zur Selbstoffenbarung hat inzwischen praktisch keine Bedeutung mehr, weil die Vergangenheit der meisten Spitzenfunktionäre bekannt ist. Zumindest in Ostdeutschland gehört es bei der Linken zur politischen Normalität, dass frühere Stasi-Mitarbeiter in Schlüsselpositionen delegiert werden – wie zuletzt bei den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen. Durch diese Personalpolitik haben sich auch die Medien und ein erheblicher Teil der Bevölkerung nach und nach daran gewöhnt. Das letzte, vom Bodo Ramelow verkündete Hindernis für ehemalige Stasi-Mitarbeiter lautet jetzt, dass sie nicht Regierungsmitglied werden sollten.

Ein Blick auf das Führungspersonal der Linken lässt erkennen, dass die Partei nicht nur ehemalige Stasi-Mitarbeiter aus dem Staats- und Parteiapparat der DDR übernommen hat. Ein erheblicher Teil der Spitzenfunktionäre hat an anderer, oft sogar bedeutenderer Stelle in der SED-Diktatur mitgewirkt. Nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit haben sie nach 1989 in der Partei Karriere gemacht. Der stille Sieg der alten Kader wird auch von jüngeren oder westlich sozialisierten Funktionären nicht kritisiert.

Der Bundestagsabgeordnete Roland Claus zum Beispiel war nicht nur IM, sondern auch Chef der kommunistischen Jugendorganisation FDJ und zuletzt der SED im Bezirk Halle. Fraktionschef Gysi war als Vorsitzender der Rechtsanwältkollegien in der DDR ein vom Politbüro persönlich ausgesuchter Nomenklaturkader. Die parlamentarische Geschäftsführerin Petra Sitte war hauptamtliche FDJ-Sekretärin an der Universität Halle, während Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau beim Zentralrat der FDJ arbeitete. Vizefraktionschef Wolfgang Gehrcke wirkte als Vorsitzender der Sozialistischen Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) und Hamburger Bezirkschef der DKP als verlängerter Arm der SED im Westen. Die Liste der alten Kader im Bundestag ist noch viel länger: Mehr als ein Viertel der Bundestagsabgeordneten sind frühere SED-Genossen.

In den ostdeutschen Landtagen ist die Funktionärsquote noch viel höher – wie ein Blick auf die neu gewählte Landtagsfraktion der Linken in Thüringen zeigt. Mindestens 18 der 28 Abgeordneten gehörten der DDR-Diktaturpartei an, was viele indes verheimlichen. Fraktionsgeschäftsführer André Blechschmidt zum Beispiel studierte Marxismus-Leninismus, woraus er auf der Website der Fraktion ein „Philosophiestudium“ macht. Danach war er als hauptamtlicher Funktionär im Bezirk Erfurt für die „Bearbeitung“ der Kirchen zuständig. Eine ähnliche Biografie hat die verkehrspolitische Sprecherin Gudrun Lukin, die auf der Website nur ihren Beruf angibt: „Diplomphilosophin“. Dass sie in der Sowjetunion marxistisch-leninistische Philosophie studierte, erfährt man ebenso wenig wie, dass sie seit 1973 der SED angehörte und zu DDR-Zeiten im Büro des Jenaer Bürgermeisters arbeitete.

Viele thüringische Abgeordnete der Linken waren vor 1989 bei der SED auch angestellt. Margit Jung, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Vizepräsidentin des Landtages, arbeitete zum Beispiel bei der SED-Kreisleitung in Werdau. Die Abgeordnete Karola Stange war bei der SED-Kreisleitung in Erfurt tätig. Der Abgeordnete Dieter Hausold erwähnt zwar, dass er bis 1990 Redakteur der Zeitung „Volkswacht“ war, verschweigt aber, dass es sich dabei um das Organ der SED-Bezirksleitung Gera handelte. Gleich drei Parlamentarier – Ralf Kalich, Rainer Kräuter und Jörg Kubitzki – dienten als Berufsoffiziere bei den Grenztruppen, der Volkspolizei und der Nationalen Volksarmee. Keiner von

ihnen erwähnt auf der Website der Fraktion seine frühere SED-Mitgliedschaft, geschweige denn, dass einer die Rolle der Sicherheitsorgane der DDR in Frage stellt.

25 Jahre nach dem Mauerfall könnte man meinen, dass es vielleicht nicht mehr von Bedeutung sei, was ein Politiker ein Vierteljahrhundert zuvor getan hat. Tatsächlich scheint es so, dass die Kader der kommunistischen Partei und ihrer Geheimpolizei – anders als in Russland – keinen organisierten Einfluss mehr auf das aktuelle politische Handeln in Ostdeutschland haben. Die Erneuerung des Ostens ist aber nur dadurch möglich geworden, dass alle anderen Parteien, abgesehen von wenigen Einzelfällen, bis heute darauf bedacht sind, keine einschlägig belasteten Personen in Führungspositionen zu bringen.

Konsequent anders verhält sich hingegen nur die Linke. Sie macht damit nicht nur ihre Bekenntnisse zur Demokratie und ihre vor Koalitionsgesprächen auffällig zunehmenden Distanzierungen von der DDR unglaublich, sondern vermittelt auch den Opfern den Eindruck, dass SED und Stasi immer noch ihr Unwesen treiben und über sie herrschen. In diesem Zusammenhang verdient der Fall der ehemaligen Stasi-Informantin und jetzigen Landtagsabgeordneten von Sachsen-Anhalt, Gudrun Tiedge, Erwähnung. Er zeigt, zu welchen Konstellationen die Personalpolitik der Linken führen kann. Als es 2006 darum ging, den Stiftungsrat der landeseigenen Gedenkstättenstiftung zu besetzen, wurde ausgerechnet sie von ihrer Fraktion in das Gremium entsandt. Opferverbände protestierten dagegen, was Linken-Fraktionschef Wulf Gallert zu der Äußerung veranlasste, sie gehöre schon deshalb in das Gremium, weil sie dort den „Erfahrungshintergrund vieler DDR-Bürger“ repräsentieren könne. Der Landtag musste schließlich das Stiftungsgesetz ändern, damit ehemalige Stasi-Mitarbeiter nicht die Aufsicht über Gedenkstätten für Opfer der Staatssicherheit übernehmen.

Durch die Entsendung der DDR-Kader in die Volksvertretungen beschädigt die Linke jedoch nicht nur ihre eigene Glaubwürdigkeit, sondern auch die der Parlamente insgesamt – insbesondere bei denen, die der SED-Diktatur ablehnend gegenüberstanden oder unter ihr gelitten haben. Ungeachtet der zweifelhaften charakterlichen Eignung früherer Stasi-Zuträger oder SED-Funktionäre für hohe politische Ämter erscheint durch ihre Personalpolitik die Mitwirkung an der kommunistischen Diktatur zunehmend als eine Art Kavaliersdelikt. Was sie niemals war.

Der Autor ist Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Der Text erschien in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. Dezember 2014, S. 8.